

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Wahlen in Belarus

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag hat am 2. Oktober 1997 über die politische Lage in Belarus diskutiert und seine Besorgnis über die Politik von Präsident Lukaschenko nach dem 1996 abgehaltenen Referendum zum Ausdruck gebracht. In einer von allen Fraktionen getragenen EntschlieÙung appellierte er an Präsident Lukaschenko, zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren.

Die Entwicklung der letzten Jahre in Belarus hat der Deutsche Bundestag mit großer Anteilnahme verfolgt. Viele seiner Mitglieder beteiligen sich an Projekten der humanitären Hilfe, besonders für die Opfer des Tschernobyl-Unfalls. Eine Reihe von Abgeordneten haben Minsk besucht und versucht, den schwierigen Prozess des Dialogs zwischen Regierung und Opposition in Belarus zu unterstützen. Mit großer Hochachtung hat der Deutsche Bundestag besonders die Anstrengungen von Botschafter Wieck, Leiter der Berater- und Beobachtergruppe der OSZE in Minsk, begleitet, die auf die Unterstützung bei der Schaffung der Voraussetzungen für freie und faire Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Belarus gerichtet sind.

Am 15. Oktober 2000 werden Parlamentswahlen in Belarus stattfinden. Die OSZE, unterstützt von EU und Europarat, hat Fortschritte in vier Bereichen als Vorbedingung für eine internationale Beobachtung dieser Wahlen angemahnt:

- Anpassung der Wahlgesetzgebung an europäische Standards,
- freier Zugang aller politischen Kräfte zu den elektronischen Medien,
- Einhaltung einer vertrauensbildenden Friedensperiode unter Wahrung der Menschenrechte,
- Erweiterung der Kompetenzen des Parlaments.

Einige dieser Vorgaben sind inzwischen in Ansätzen erfüllt. So können z. B. alle an den Wahlen teilnehmenden politischen Parteien in den Wahlkommissionen mitarbeiten, wobei die Vertreter der Oppositionsparteien in der Zentralen Wahlkommission lediglich Beraterstatus haben. Darüber hinaus wurden die Rechte der Wahlbeobachter präzisiert. Mehrere prominente Oppositionspolitiker, die zuvor in politischen Prozessen verurteilt worden waren, können bei den Wahlen kandidieren. Der Deutsche Bundestag begrüÙt diese Veränderungen. Andere Forderungen hingegen, wie die Erweiterung der Kompetenzen des Parlaments oder der freie Medienzugang, wurden bislang nicht oder nur unzulänglich erfüllt.

Der Deutsche Bundestag hat die Ergebnisse der von der OSZE am 30. August 2000 in Wien einberufenen 3. Technischen Konferenz zur Frage der internationalen Beobachtung der Wahlen in Belarus aufmerksam zur Kenntnis genommen.

- II. Angesichts der erreichten Fortschritte begrüßt der Deutsche Bundestag die Empfehlungen der Konferenz, eine technische Bewertungsmission zu den Parlamentswahlen nach Belarus zu entsenden.

Er begrüßt die Entscheidung einiger Parteien und Einzelpersonen aus den Reihen der demokratischen Opposition, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Der Deutsche Bundestag erwartet, dass Präsident und Regierung in Belarus noch vor den Wahlen weitere Schritte unternehmen, um einen fairen Wahlkampf für alle Kandidatinnen und Kandidaten zu ermöglichen und ihnen dabei insbesondere einen freien Zugang zu den Medien zu gewährleisten.

Er erwartet zudem, dass ein Gesetzgebungsprozess in Gang kommt, der dem Parlament mehr Rechte geben wird.

Der Deutsche Bundestag wird den Verlauf des Wahlkampfes und der Wahlen selbst mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht sein großes Interesse, ein demokratisches Belarus als geachtetes Mitglied in der europäischen Staatengemeinschaft zu begrüßen.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin im Rahmen der EU, des Europarats und der OSZE darauf hinzuwirken, dass mit den Parlamentswahlen in Belarus ein Prozess der Abwendung von autoritären und repressiven Herrschaftsmethoden und eine Rückkehr zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beginnt.

Berlin, den 11. Oktober 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion